



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
28.02.2018
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen  
Einrichtungen der LHP  
Vorlage: 17/SVV/0059  
Fraktion CDU/ANW
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zum Stand der Umsetzung eines regelmäßigen Monitorings  
der Kultur und Kreativwirtschaft  
Vorlage: 18/SVV/0167  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.2 Ärztemangel in Potsdam - insbesondere im Norden  
Vorlage: 18/SVV/0171  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4.3 Ergebnisse Verkehrsmonitoring Anliegerstraßen  
gemäß Beschluss: 16/SVV/0741  
Oberbürgermeister
- 4.4 Wirtschaftliches Ergebnis "blu"  
Oberbürgermeister
- 5 Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über  
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils  
der Sitzung vom 28.02.2018
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 8 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.02.2018**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

##### **Zurückstellen:**

- Der **TOP 3.1, Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP** soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion fehlt.
- Der **TOP 4.4, Wirtschaftliches Ergebnis "blu"** soll bis Mai 2018 zurückgestellt werden, da die gewünschten Zahlen noch nicht vorliegen.

##### **Ergänzen:**

- Unter **4., Mitteilungen der Verwaltung**, sollen die **TOP 4.5, Berichterstattung Ehrenamtskoordination** und **4.6, Berichterstattung Kita-Beiträge** ergänzt werden.
- Unter **5., Sonstiges**, soll das Thema **Entscheidung Kuratorium Garnisonkirche** ergänzt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 73. Sitzung des Hauptausschusses vom 28.02.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

#### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 3.1 **Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP** **Vorlage: 17/SVV/0059** Fraktion CDU/ANW

**zurückgestellt** – Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

fehlt

#### zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

##### zu 4.1 **Berichterstattung zum Stand der Umsetzung eines regelmäßigen Monitorings der Kultur und Kreativwirtschaft**

**Vorlage: 18/SVV/0167**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Herr Frerichs, Bereichsleiter der Wirtschaftsförderung. Herr Frerichs skizziert im Rahmen einer Präsentation den geplanten Prozess bezüglich des Monitorings der Kultur- und Kreativwirtschaft. In einem ersten Schritt soll der Ist-Zustand analysiert und zusammen mit Branchenvertretern bewertet werden. Ein Zwischenergebnis dazu soll nach der Sommerpause vorliegen. In einem zweiten Schritt sollen anschließend der Soll-Zustand und die Schwerpunkte für die Landeshauptstadt Potsdam festgeschrieben werden. Im ersten Quartal 2019 soll auch dieser Prozess abgeschlossen sein.

Zu den Ausführungen von Herrn Frerichs gibt es keine Fragen. Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

##### zu 4.2 **Ärztmangel in Potsdam - insbesondere im Norden**

**Vorlage: 18/SVV/0171**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und eröffnet die Fragerunde. Frau Dr. Müller sagt, dass die Inhalte der vorliegenden Mitteilungsvorlage bereits bekannt seien und fragt, wann die Neuberechnungen vorliegen würden. Frau Dr. Böhm, Bereichsleiterin Öffentlicher Gesundheitsdienst, antwortet, dass zuerst die entsprechende Richtlinie vom Bund zur Verfügung gestellt werden müsse. Ein Termin könne deshalb aktuell nicht genannt werden.

Die Mitteilungsvorlage im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

##### zu 4.3 **Ergebnisse Verkehrsmonitoring Anliegerstraßen gemäß Beschluss: 16/SVV/0741**

Oberbürgermeister

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, berichtet mündlich darüber, dass ein gebündeltes Verfahren zur stadtweiten Untersuchung betroffener Anliegerstraßen geplant sei. Diese Untersuchung soll durch ein externes Büro durchgeführt werden. Mit ersten Ergebnissen sei Ende 2018 zu rechnen und eine weitere Berichterstattung soll anschließend halbjährlich im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr erfolgen.

Frau Müller betont, dass erste Ergebnisse bereits für das erste Quartal 2018 angekündigt waren und fragt, warum jetzt erst der Fahrplan feststehe. Herr Rubelt antwortet, dass eine externe Vergabe, die eine gewisse Zeit in Anspruch nehme, notwendig gewesen sei.

Frau Hüneke fragt, ob nur die Ursachen untersucht oder ob auch Lösungsvorschläge durch das Büro erarbeitet werden sollen. Herr Rubelt antwortet, dass auch Lösungsvorschläge präsentiert werden sollen.

Die Mitteilung wird anschließend zur Kenntnis genommen.

**zu 4.4      Wirtschaftliches Ergebnis "blu"**  
Oberbürgermeister

**zurückgestellt**

**zu 4.5      Berichterstattung Ehrenamtskoordination**  
(mit Feststellung der TO ergänzt)

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, berichtet mündlich zum aktuellen Stand der Ehrenamtskoordination. Geplant sei, eine Ist- sowie eine Potenzial-Analyse durchzuführen und das bestehende Ehrenamtskonzept entsprechend zu reflektieren. Die Durchführung der Studie sei Ende Februar extern vergeben worden. Ein Ergebnis soll nach der Sommerpause vorliegen.

Frau Dr. Schröter fragt, wer mir der Durchführung der Studie beauftragt worden sei. Herr Jetschmanegg antwortet, dass die Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V. den Zuschlag erhalten habe.

Die Mitteilung wird im Anschluss zur Kenntnis genommen.

**zu 4.6      Berichterstattung Kita-Beiträge**  
(mit Feststellung der TO ergänzt)

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, berichtet im Rahmen einer Präsentation zum aktuellen Stand der Diskussion bezüglich der Kita-Beiträge. Er geht dabei insbesondere auf die Herausforderungen für die Landeshauptstadt Potsdam, die Auswirkungen des § 16 (2) Kindertagesstättengesetzes, das bisherige Vorgehen der Stadt sowie auf das geplante weitere Vorgehen und mögliche Lösungswege ein. Herr Schubert weist darauf hin, dass zur Beschlussfassung der neuen Elternbeitragssatzung unter Umständen eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung notwendig werden könnte.

Der Oberbürgermeister fasst die Ausführungen von Herrn Schubert zusammen und ergänzt, dass nach der ersten Anhörung im Landtag eine Tendenz bezüglich des neuen Kindertagesstättengesetzes erkennbar seien könne. Herr Schubert bietet an, die Diskussion gern in den Fraktionen weiterzuführen.

Frau Dr. Müller fragt, wie zukünftig mit den Kosten für Häuser und Grundstücke umgegangen werden soll und erinnert an weitere offene Fragen, die noch nicht geklärt seien. Herr Schubert antwortet, dass im Entwurf zur neuen Elternbeitragssatzung viele offene Punkte überarbeitet worden seien. Andere offene Fragen würden noch beantwortet.

Herr Finken regt an, alle auslegbaren Sachverhalte mit Auswirkung auf den Haushalt zu kennzeichnen und fragt, ob auch die Kita-Finanzierungsrichtlinie von 2012 überarbeitet werden müsse. Herr Schubert antwortet, dass die Richtlinie von 2017 sei und erneut angepasst werden müsse.

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass ein zügiges Vorgehen notwendig sei. Der Landtag müsse ebenfalls schnellstmöglich entscheiden. Hier soll der Oberbürgermeister in seiner Funktion als Präsident des Städte- und Gemeindebundes auf eine schnelle Entscheidung hinwirken. Der Oberbürgermeister betont, dass Städte- und Gemeindebund alles dafür tun werde, um auf eine schnelle Entscheidung hinzuwirken.

Im Anschluss an eine kontroverse Diskussion wird die Mitteilung **zur Kenntnis genommen**.

## **zu 5      Sonstiges**

### **Entscheidung Kuratorium Garnisonkirche**

Der Oberbürgermeister berichtet mündlich über die letzte Sitzung des Kuratoriums der Garnisonkirchenstiftung und erläutert die Gründe für seine Zustimmung zur Entscheidung des Kuratoriums bezüglich des Rechenzentrums.

Herr Heuer sagt, dass die Tendenz der Entscheidung des Kuratoriums positiv sei. Eine Zustimmung für eine längerfristige Nutzung des Rechenzentrums sei nach einem entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für ein neues Kunst- und Kreativzentrum wahrscheinlich. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass die Entscheidung für eine längerfristige Nutzung des Rechenzentrums durch das Kuratorium bereits hätte getroffen werden können und fragt, ob auch über das weitere zeitliche Vorgehen gesprochen wurde. Frau Hüneke sagt, dass sie keinen Beschluss über die gesamte Zeit der geplanten Weiternutzung bei 2023 erwartet habe, die Stadt sei nun am Zug.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass die langfristige Perspektive für ein Kunst- und Kreativhaus nach der Auswertung des dazugehörigen Workshops stehen soll. Eine entsprechende Beschlussvorlage sei bis Juni 2018 geplant. Danach werde das Kuratorium über die Weiternutzung des Rechenzentrums bis 2023 entscheiden.

Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zur Entscheidung des Kuratoriums und zu den möglichen Gründen für diese Entscheidung.